

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag: Schuh-Zuckerwaren, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127-92. Druck und Verkauf: Joh. van Kreis, Krefeld, Luisenstr. 65, Tel. 246-14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 48

Düsseldorf, den 3. Dezember 1932

Verkaufsstelle Krefeld

Kanzler wider das Volk

M. Früher als vielleicht Herr von Papen selbst glaubte, hat seine „autoritäre Führung“ ein Ende gefunden. Ueberraschend schnell selbst für gutinformierte Politiker ist der Rücktritt der Reichsregierung Tatsache geworden und Herr von Papen — ebenso schnell wie er daraus aufstieg — wieder in der Verenkung verschwunden. Für zunächst wenigstens. — So schnell, daß er offenbar sogar darüber vergaß, nach seiner üblichen Gepflogenheit noch „lezte Worte“ an das Volk zu richten, das er mit seiner Kanzlerschaft 6 Monate lang beglückte. Allerdings mit einem zweifelhaften Glück. Wußte dem Kanzler von Papen bereits bei Amttritt seiner Kanzlerschaft gesagt werden, daß ihn das Volk nicht gerufen und gewollt habe, und daß seine Regierung eine Regierung wider das Volk sei, so bestätigte seine Regierungspraxis darüber hinausgehend schon bald die Erkenntnis, daß dieser Kanzler auch gar nicht den Willen habe, mit dem Volk und nach der Meinung dieses Volkes zu regieren; womit ihm ein guter Wille an sich keineswegs abgesprochen zu werden braucht. Aber es lag wohl im Wesen dieses Kanzlers selbst begründet, daß er jene Kühnung mit dem Volke nicht fand, die als notwendiger Kontakt bestehen muß, wenn eine Regierung für ihre Maßnahmen — noch dazu, wenn sie von so einschneidender Art sind, als wie die der Regierung von Papen — eine tragfähige Basis und Fundierung im Volke selbst finden will. Freilich müssen dann auch die Maßnahmen einer solchen Regierung entsprechend sein.

Beides war in der Kanzlerschaft und Regierungstätigkeit des Herrn von Papen nicht der Fall. In der Person Herrn von Papens selbst waren zunächst die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Weder in den Eigenschaften, die er besaß, noch in jenen, die er nicht besaß.

Beides war in der Kanzlerschaft und Regierungstätigkeit des Herrn von Papen nicht der Fall. In der Person Herrn von Papens selbst waren zunächst die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Weder in den Eigenschaften, die er besaß, noch in jenen, die er nicht besaß. —

Die ausgedachte Mehrheitspartei-Regierung ist, mußte eine autoritäre Regierung, wie das Kabinett von Papen sie darstellte und nach dem Willen des Reichspräsidenten sein sollte, darauf bedacht sein, schon in ihrer Regierungserklärung und in ihren späteren Worten und Taten eine Sprache und Ausdrucksform zu finden, die das Volk selber ansprach und von dem aufrichtigen volksnationalen Willen dieser Regierung zu überzeugen imstande war. Die Worte und Taten des Herrn von Papen konnten das nicht. Schon seine erste Regierungserklärung war das Gegenteil. Sie war mit den Vorhaltungen des „Wohlfahrtsstaates“, der „zermürbten moralischen Kräfte“ und der „Lebensführung“, die mit der Not des Staates nicht in Einklang stehe, ebenso wie mit dem Hinweis auf die notwendige „Autoritätspolitik“ der Regierung alles andere, als ein Bekennnis zum Volke und zur Verwirklichung des wahren Willens des Volkes. Sie war viel eher Ignorierung und Verleugnung der breiten Massen des Volkes und Kommandierung im Kasernenhof. — Das nicht zuletzt war es, was Herrn von Papen von Anfang an dem Volke entfremde: Der Herr-im-Hause-Ton seiner Rede, die, so sehr er sich vielleicht selbst um einen anderen Ton bemüht haben mag, doch immer wieder an jenes militärische Schnarren ehemaliger Kommissar-Kommandos erinnerte. Was Herr von Papen so — vielleicht trotz guten Willens — an fehlenden Eigenschaften nicht erreichte, verdarb er gänzlich durch jene entgegengesetzte Eigenschaft, die er in hervorragendem Maße besaß: jene Überbedecktheit in der Einschätzung seiner eigenen Person und politischen Qualität und seiner Überzeugung von der Ausschließlichkeit seiner Berufung, die wiederum in bedenklicher Weise an jenes Gottesgnadentum der politischen Führung der Vorkriegszeit erinnerte, mit dem das Volk von heute nichts mehr anfangen weiß. Mehr noch als seine Worte aber mußten jene Taten Herrn von Papens das Volk von ihm stoßen, das in so unheilvoller Weise die katastrophalen sozialen Auswirkungen seiner Politik zu spüren bekam. —

Unglücklich wie jene Stellung zum Volke selbst, die so in seinen Wörtern und Taten zum Ausdruck kam, war auch das Bemühen Herrn von Papens um die Schaffung einer politischen Grundlage für seine Regierungstätigkeit und die Sicherung seiner „autoritären“ Stellung.

Um es vorweg zu sagen: Mit der von ihm gern betonten unbedingten Autorität seiner politischen Führung hatte jenes Bemühen um die Gunst einer mehr oder weniger großen Wählerschaft, die er hinter sich bringen wollte, wenig zu tun. Seine zunächst eingeschlagene Orientierung nach den Nationalsozialisten war kaum mehr als das Werben um billige Parteiengunst. Des Unterschied, den er dabei selbst mache, indem er Koalitionsverhandlungen der Parteien „Spiel“ nannte, zur gleichen Zeit aber selbst gleiche Verhandlungen führte bezw. anstrebe, ändert daran nichts. Nachdem jenes Bemühen um die Gunst der NSDAP vertrieben war, aber blieb eine

Mehrheitsregierung oder Präsidialkabinett?

Die Forderungen der Arbeiterschaft zur Regierungsbildung.

Es ist nicht zum ersten Male, daß Herr von Hindenburg durch sein politisches Vorgehen und Verhalten seinen Anhängern ebenso wie den gegen ihn stehenden Parteigruppen ein politisches Rätsel aufgibt. Wiederholt haben seine politischen Maßnahmen in der Vergangenheit solche Rätsel gebracht und Zweifel auch bei denen gefunden, die von seinem ehrlichen Wollen und der Gründlichkeit seines Handelns überzeugt sind. Nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft war es, der in den letzten Monaten wiederholt Zweifel an dieser Gründlichkeit des Wollens und Handelns Herrn von Hindenburgs kommen mußten. Bedeutete doch für sie die Umstiegung des Ergebnisses der letzten Reichspräsidentenwahl durch die Bestellung und noch mehr durch das Handeln der Regierung von Papen eine außerordentlich schwere Belastung im politischen Sinne ebenso wie in sozialer Hinsicht. Wir brauchen im einzelnen auf jene Belastung insbesondere in sozialer Hinsicht hier nicht einzugehen, sondern nur an die gesamtsozialen Auswirkungen der Papenpolitik zu erinnern.

Ein politisches Rätsel scheint auch das gegenwärtige Handeln des Reichspräsidenten für breite Massen des Volkes. Die Frage: „Was will Herr von Hindenburg?“ ist umso mehr berechtigt, als von diesen seinen unternommenen bzw. noch geplanten Maßnahmen nicht nur der Kurs der Regierungspolitik für eine vorübergehende Etappe abhängt, sondern offenbar die gesamte zukünftige politische Entwicklung weit über die Etappe einer, Zwischenregierung hinaus bestimmt werden soll.

Wir haben auch heute noch das Vertrauen zu Serrung der von ihm beschworenen Verfassung und damit des Gesamtwohles des Volkes gerichtet. Wir suchen darum auch in seinen gegenwärtigen Maßnahmen das Positive zu erkennen und so diese Maßnahmen selbst nach dem Positiven hin zu beurteilen. So betrachtet aber ergibt sich für uns als letzter Sinn der Maßnahmen des Reichspräsidenten der Versuch, entscheidend die Frage zu klären, ob unter der gegenwärtigen gesamtpolitischen Lage die vom Volke und nicht zuletzt von den Parteien immer wieder geforderte Parlamentsmehrheit möglich ist oder aber, wenn diese Frage verneint werden muß, für die Führung des Volkes ein Präsidialkabinett das Gegebene bleibt. Daß Herr von Hindenburg bei dieser Frage nach einer möglichen Parlamentsmehrheit und seinen diesbezüglichen Aufrägen an Hitler nicht ohne Vorbehalte vorgehen konnte, ist klar. Das liegt auch im Sinne jener regierungsbereiten Parteien bezw. ihrer Ausführungen selbst, mit denen immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß von einem Zurückgehen auf einen überholten und hoffentlich auch politisch überwundenen Überparlamentarismus nicht die Rede sein kann. Ebenso wenig konnte aber der Reichspräsident natürlich dem Verlangen Hitlers entsprechen, dem Führer der Nationalsozialisten vorbehaltlos seine präsidialen Rechte und Wahlbefugnisse auszuliefern. Das wäre nach dem bisherigen Verhalten und Forderungen der NSDAP gleichbedeutend mit der Preisgabe der Staatsmacht an den Nationalsozialismus überhaupt gewesen; ein Experiment, das Hindenburg unter keinen Umständen unternommen hätte.

Die ausschlaggebende Frage, die nicht zuletzt auch für das weitere Verhalten Herrn von Hindenburgs maßgebend sein wird, ist: Werden jene Parteien, die sich in

den letzten Monaten selbst immer als zu einer Ausbau- oder Mehrheitskoalition bereit herausgestellt haben, jetzt auch wirklich in der Lage sein, ihre Behauptung unter Beweis zu stellen, daß die Bildung der von ihnen erwarteten Parlamentsmehrheit nicht an ihnen, sondern an der zurückgetretenen Reichsregierung bzw. an Herrn von Papen gescheitert sei. Wenn ja, dann ist der Weg zum Mehrheitskabinett frei. Wenn nein, dann bleibt als einzige gegebene Möglichkeit auch für den Reichspräsidenten nur die Bildung eines neuen Präsidialkabinetts. Man kann im Interesse eines gesunden Parlamentarismus nur wünschen, daß die erste Möglichkeit gegeben wird. Auf die Parteien selbst kommt es also nicht zu Letzt jetzt an.

Nach den bis zur Stunde bekannt gewordenen Mitteilungen über die bisherigen Verhandlungen muß man freilich befürchten, daß ihr Ergebnis ein negatives sein wird. Das Eingeständnis Hitlers, daß ihm „eine rein parlamentarische Lösung der Regierungskrise unmöglich“ sei, bestätigt diese Befürchtung. Dennoch darf darum aber das Bemühen um die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheitsgrundlage für die künftige Regierungsführung nicht beendet sein. Bei den Parteien liegt jetzt eine doppelte Verantwortung und Pflicht, unter Zurücksetzung ihrer Parteiinteressen alles einzusezen, um eine rasche und glückliche Lösung der Regierungskrise zu finden.

Gleichgültig aber, wie die Lösung dieser heiklen Frage lautet mag: Mehrheitsregierung oder Präsidialkabinett beide Regie der künftigen politischen Zukunft des Volkes.

Dem Willen des Volkes orientiert ist; auch dann, wenn die Parteien aus politischer Unzulänglichkeit heraus nicht in der Lage sind, diesem Volkswillen Ausdruck zu geben.

Für das Volk unerträglich und für ein solches politische Führung unmöglich aber muß jede Regierung sein, die gegen die sozialen Interessen des Gesamtvolkes handelt. Hier ist der Punkt gegeben, wo insbesondere die Arbeiterschaft zu den gegenwärtigen Geschehnissen ihre Stimme erheben und ihre Forderungen stellen muß. Wir verlangen nicht mehr, aber auch nicht weniger als die anderen Stände. Wir verlangen lediglich eine gleichwertige Behandlung in der Jubiläum der notwendigen Lebens- und Errichtung, die ein Staat, der wirklich Volksstaat sein will, uns einräumen muß. Unter der Regierung von Papen aber sind diese Existenzmöglichkeiten in einer Weise geschmälert und die Rechte der Arbeiterschaft in einer Form eingeschränkt worden, die jenseit notwendigen gleichen und gerechten Behandlung der Arbeiterschaft widerspricht. Darum wird eine künftige Regierung, ob sie sich Mehrheitsregierung oder Präsidialkabinett nennt, an der Notwendigkeit nicht vorbei können, diesen politischen Fehler der sozialen Ungerechtigkeit des Kabinetts von Papen wieder gut zu machen und der Arbeiterschaft die ihr zukommenden gleichen Volks- und Lebenstrechte zurückzugeben. Das hat zur Voraussetzung, daß insbesondere jenes Notverordnungsrecht wieder gut gemacht wird, das Herr von Papen an der Arbeiterschaft begangen hat. Nur dann kann die Arbeiterschaft und damit der größte Teil unseres Volkes wieder Vertrauen zu einer Regierung fassen und sich ganz gleich, wie diese Regierung heißen mag, hinter sie stellen.

meint die Hohlheit einer Phrase, die für sie nur Täuschung war. So mußte seine Position immer schwächer werden, bis der Rücktritt unvermeidlich wurde. Es mag schmerzlich sein für Herrn von Papen und jene, die an ihn und seinen guten Willen glaubten; daß Volk weint. Herrn von Papen keine Tränen nach. Er kam nicht vom Volke und fand den Weg zum Volke nicht. Das war die Tragik seines Handelns und sein Schicksal.

Was Herr von Papen aber erfahren mußte, wird auch jeder nach ihm erfahren, der daraus keine Lehre zu ziehen weiß und keine Nutzanwendung findet. Das sollte Herrn von Papen selbst, wenn die politische Woge ihn nochmals hochtragen sollte — so wie ihm aber auch seinen Nachfolgern, ganz gleich, woher sie kommen —, klar sein: Das deutsche Volk kann nicht gegen seinen eigenen Willen geführt werden. Eine solche Kanzlerschaft gegen den Willen des Volkes muß von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein. —

Internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften

Im Haag trat der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften unter Vorsitz von Präsident B. Otto (Berlin) zusammen. Er besaß sich zuerst mit einigen Fragen, die angeschlossene Verbände und eventuelle neue Anschlüsse betreffen.

Der Vorstand hat mit Besiedigung davon Kenntnis genommen, daß der neue Direktor des J. A. U., Herr H. Bittner, Wert darauf legt, die von seinem Vorgänger, Herrn A. Thomas, eingeführte Tradition der Zusammenarbeit mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufrecht zu erhalten.

Wit Hinflug auf die technische Konferenz für die Herabsetzung der Arbeitszeit hat der Vorsitzende des Ausschusses des J. A. U. für den 3. und 4. Januar 1933 in Köln zusammengerufen. Die Tagesordnung dieser Ausstellung sieht neben der Frage der Arbeitsdauer einen allgemeinen Bericht über die gegenwärtige Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor, die vom Generalsekretär des J. A. U., Herrn P. J. S. Serrarens zu erläutern sein wird, sowie Berichte über die Entwicklung der Sozialpolitik unter dem Druck der Krise. Jede Landeszentrale wird einen Berichterstatter zu diesem Punkt zu ernennen haben.

Der Vorstand hat beschlossen, die angeschlossenen Verbände zu ersuchen, ihre Regierungen aufzufordern, eine angemessene Vertretung der Arbeiterschaft und insbesondere der christlichen Gewerkschaften auf der in London abzuhaltenen Weltwirtschaftskonferenz zu gewährleisten.

Lohn und Preis

Wenn die Anzeichen der Konjunkturentwicklung nicht täuschen, ist der tiefste Stand der Weltmarktpreise vor wenigen Wochen erreicht gewesen. Es wäre also endlich die langersehnte historische Stunde gekommen, in der man sagen kann, die Preistrevision ist zu Ende, die Deflation hört auf. Für alle Marktgebiete wird aber der Stillstand nicht mit einemmal eintreten. Das gilt vor allem für die Kleinhandelspreise und die Löhne. Unter diesen Vorbehalt kann man vermuten, daß das Ergebnis der Preis- und Lohntrevision für die wichtigsten Industriestaaten festzustellen. Maßstab dafür ist die Entwicklung der Großhandelspreise, der Lebenshaltungskosten und der Löhne. Die Großhandelsindexziffern sind vom Durchschnitt 1928 bis zum tiefsten Stande vom Juli 1932 um stärksten in Italien mit 39,0 v. H. gefallen. Es folgen der Großentwertung nach die Vereinigten Staaten mit 38,3, Großbritannien mit 36,2, Frankreich mit 36,1 und Schweiz mit 34,5 v. H., und an letzter Stelle steht Deutschland mit einem Rückgang um 31,5 v. H. In Deutschland haben die landwirtschaftlichen Schutzzölle dafür gesorgt, daß die Großhandelspreise für Agrarprodukte im Durch-

gang der Krise in den inneren Märkten besonders seit 1931 höher stand als in den anderen Ländern. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten, bei der jeden den allgemeinen Ausgaben für Nahrungsmitte, Miete, Heizung und sonstige Ausgaben eine große Rolle spielen, ist nicht so stark zurückgegangen. In dieser Gruppe ist die stärkste Senkung, im Gegensatz zu der Entwicklung der Indexziffer der Großhandelswaren, den Vereinigten Staaten, in dem Zeitraum von 1928 bis Juli 1932 eingetreten, und zwar um 20 v. H. Nur in einem kurzen Abstand mit 19,7 v. H. folgt Deutschland, dann Holland mit 16,8 v. H. und jetzt erst Italien mit 15,2 v. H., das die stärkste Senkung der Großhandelsindexziffer aufweisen konnte. Großbritannien hat einen Rückgang der Indexziffer für die Lebenshaltungskosten um 14,5 v. H. und die Schweiz um 14,3 v. H. erjährt.

Die Berechnung der Lohnentwicklung ist darum verhältnismäßig schwierig, da die Berechnungsgrundlagen und Methoden der Indexziffern in den einzelnen Län-

den ungesicherten Forderungen 186,4 Millionen Mark betragen. Von dem ausgewiesenen Gesamtkapitalbestand in Höhe von 40,751 Millionen Mark gehen geschätzte, bevorrechtigte Forderungen und Masseschulden in Höhe von 10,326 Mill. M. ab, so daß 30,425 Mill. M. freie Aktiven verbleiben. Die Passiva überschreiten also die Aktiven um 155,98 Millionen Mark (gegenüber 185,5 Millionen Mark per 31. Dezember 1931).

Die Konkursverwalterin hat beim zuständigen Amtsgericht Bremen vorgeschlagen, aus dem Warenmassebestand von 16,37 Millionen Mark 7,9 Millionen Mark freizugeben und davon auf die nicht bevorrechtigten Forderungen eine Ausschüttungsquote von 4 Prozent zu bewilligen. Vor den angemeldeten nicht bevorrechtigten Forderungen in Höhe von 301 Millionen Mark, die durch Vergleich und Verzichtserklärung sich auf 227,2 Millionen Mark vermindert haben, hat die Konkursverwalterin bisher Forderungen im Gesamtbetrag von 125,95 Millionen Mark anerkannt, so daß 101,2 Millionen Mark bestehende, nicht bevorrechtigte Forderungen verbleiben. Als bevorrechtigte Forderungen wurden 5,240 Millionen Mark angemeldet. Davon hat die Konkursverwalterin anerkannt 1,215 Millionen Mark, so daß 4,025 Millionen Mark bestehende, bevorrechtigte Forderungen verbleiben. Davon entfallen 2,137 Millionen Mark auf Ansprüche des Finanzamtes an rückständigen Steuern. Unter den bestellten, nicht bevorrechtigten Forderungen sind besonders beachtlich die Forderungen der Ultra-Mare in Höhe von 27 Millionen Mark, über welche noch Verhandlungen schweben, Bankforderungen (Danat-Bank und Bremer Handels-Bank) in Höhe von 46,7 Millionen Mark und 7,2 Millionen Mark.

In den einzelnen Positionen weist die neue Bilanz vom 30. Juni 1932 gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1931 folgende Veränderungen auf:

	Status	alter	neuer
	31. 12. 1931	30. 6. 1932	
	Millionen M.	Millionen M.	
Possessen:			
Hypothekengläubiger	4.169	4.153	
Bürokratien	155,161	158,953	
Bürokratien	12,367	13,657	
Sparkreditoren	0,648		
Sonstige Kreditoren	6,040	6,788	
Bevorrecht. Forderungen	5,816	2,754	
Pensionskasse	3,352	3,352	
Messe-Schulden	2,219		
Kreditsicherungen	13,820	3,500	
Aktive:			
Vermarktungsgebäude	4,077	4,102	
Grundbesitz	0,094	0,051	
Kassen- und Postscheckbestand	0,068	0,097	
Wechselbestand	1,922	1,020	
Bankguthaben	8,724	15,936	
Effekten	0,035	0,037	
Beteiligungen	0,200	6,200	
Debitoren	12,541	5,463	
Barentnahmestand	13,638	7,838	
Versicherungsprämien		0,023	
Zahlung auf noch nicht berechnete Einkäufe	0,144	0,044	

Bei den Betriebsverbindlichkeiten in Höhe von 196,724 Millionen Mark sind die nicht bevorrechtigten, niedrigere Forderungen und Masseschulden ab, so daß die verbleib-

dern sehr verschieden sind. Vor allem fehlen im Gegen- satz zu der Preisstatistik die regelmäßigen statistischen Erhebungen. Darum können die Angaben über das Ausmaß der erfolgten Lohnsenkung nur Anhaltspunkte geben. Denn die durchschnittlichen Prozentziffern liegen oft, wie es das Beispiel für Deutschland zeigt, weit hinter der tatsächlich erfolgten Lohnsenkung zurück. In England wird die Indexziffer der Wochenlohnsätze vom Arbeitsministerium berechnet. Seht man diese Ziffern 1928 gleich 100, so beträgt die durchschnittliche Nominallohnsenkung seit Beginn der Krise nur 4 v. H. Dem Zwang zu einem stärkeren Nominallohnabbau ist England durch seine Währungsentwertung ausgewichen. In Italien werden die Durchschnittslundnerentgelte regelmäßig seit

1928 festgestellt. Der berechnete Lohnindex fiel von Dezember 1928 mit 102 auf 88 im Juli 1932, das ist ein Rückgang von 13,7 v. H. In den Vereinigten Staaten fehlen so vollständige Übersichten über die Lohnbewegung, wie sie für andere Länder vorliegen. Nach dem Forschungsinstitut der Unternehmerverbände ergab eine Untersuchung, daß seit dem Höchststand der Löhne bis April 1932 die Lohnsätze der Arbeiter im Durchschnitt um 11,1 v. H. und die Gehälter der Angestellten um 13,1 v. H. gesenkt worden sind. Für Deutschland wird eine Senkung der Löhne seit Beginn der Krise um mindestens 25 v. H. nominal errechnet, während durch die vielfach sehr erheblichen Kürzungen der Zulagen und die Arbeitszeitverkürzung die Reallohnkürzung noch darüber liegt.

Dieses Ergebnis der neuen Nordwolle-Bilanz bedeutet für zahlreiche Arbeitnehmer, Arbeiter und Angestellte eine bittere Enttäuschung. Sie haben als Sparer in besseren Zeiten einen Notgroschen zurückgelegt und ihr Geld, wie in vielen anderen Fällen ebenso, der Werksparkasse — also dem Unternehmen — zur Verfügung gestellt. Konnten sie bisher noch immer hoffen, wenigstens einen Teil jener Ersparnisse zurück zu erhalten, so macht der neue Bericht der Konkursverwalterin jetzt mit dieser Hoffnung rücksichtslos ein Ende. Ihre Sparguthaben sind als „nicht-berechtigte Ansprüche“ abgelehzt worden, fallen also bei der Konkursquotenverteilung aus.

1928 festgestellt. Der berechnete Lohnindex fiel von Dezember 1928 mit 102 auf 88 im Juli 1932, das ist ein Rückgang von 13,7 v. H. In den Vereinigten Staaten fehlen so vollständige Übersichten über die Lohnbewegung, wie sie für andere Länder vorliegen. Nach dem Forschungsinstitut der Unternehmerverbände ergab eine Untersuchung, daß seit dem Höchststand der Löhne bis April 1932 die Lohnsätze der Arbeiter im Durchschnitt um 11,1 v. H. und die Gehälter der Angestellten um 13,1 v. H. gesenkt worden sind. Für Deutschland wird eine Senkung der Löhne seit Beginn der Krise um mindestens 25 v. H. nominal errechnet, während durch die vielfach sehr erheblichen Kürzungen der Zulagen und die Arbeitszeitverkürzung die Reallohnkürzung noch darüber liegt.

Nur in einem sind die Gemeinden gleich. Sie wenden fast ausnahmslos ihre Richtsätze, die so stark voneinander abweichen, gleichmäßig auf alle Fälle an, die ihnen unterbreitet werden. Also einerseits eine Vielgestaltigkeit, die nicht gut zu überblicken ist, in den einzelnen Gemeinden. Innerhalb der einen Gemeinde jedoch gibt es keine Differenzierung, sondern der Richtsatz ist unverändert. Wozu also der ganze Aufwand?

Die Senkung der Fürsorgesätze nach der Notverordnung hat die Unterschiede keineswegs ausgeglichen, sondern noch verschärft. Dazu kommt eine ungleichmäßige Anrechnung von Einkünften aus Landbesitz, aus Sparguthaben, aus Unternehmens- usw. Ebensowenig stimmen die Grundsätze überein, wo es sich um Anrechnung von Einkünften der Angehörigen, Berücksichtigung von Gelegenheitsverdienst usw. handelt.

Die gleiche Unschärfe ergibt sich von einer anderen Seite her. Die einen Gemeinden geben Mittelpauschale, die anderen Sachleistungen, andere kennen solche Zuflüsse nicht. Im allgemeinen aber ist der Richtsatz der Gemeinde auch der Richtsatz versicherungsfähiger Unterstützung geworden.

Richtet man hingegen, daß die Gemeinden, wenn sie für ihr Heil gerade stehen sollen, von ihrer ursprünglichen Meinung abzuweichen und würdig ist, obwohl er kann Rechtsanspruch des Falles haben kann. Die Arbeitssäume, die nach oben an die von der Gemeinde festgesetzten Grenzen gebunden sind, erziählen selten oder nie deren Gründe für die Stellungnahme. Dass es lange dauert, bis gemündet wird, liegt daran, daß viele Gemeindesatzes nicht die Bezeichnung für die Entscheidung übernehmen wollen, sondern die Gemeindesatzes entscheiden müssen. Außerdem prägt es den meiste Gemeinden nicht, daß die Arbeitssäume von ihrer Bezeichnung an der Prüfung wissen, ob sie mit jenen Zulagen die Arbeitssäume ihrer Stellungnahme erfüllen. Daher die Einlegung des Einspruchs auch in diesen Fällen beim Arbeitsamt, das die Sache an die Gemeinden weiterleitet. Ja der Regel denken die Gemeinden gar nicht daran, eigene Prüfungen vorzunehmen. Sie haben es bequemer, das Arbeitssamt aufzutreiben, eine weitere Rücksicht herbeizuführen und überlassen den Arbeitssäumen, was sie selbst tun sollten. Sicherlich aber ist einer eigenen Prüfung auf, dann ziehen sie nicht selten Sätze vor, die zur Durchführung der Prüfung heraus, dies geschieht sogar in Gemeinden, in denen die Erstattungen in Hülle der Allgemeinen Fürsorge von nachlassender Qualität geäußert werden. Wie sie überzeugt werden?

Die Gemeinden unterscheiden ungetrenntlich verschiedene Prüfungsarten nach dem Gleichen, die anderen nach dem Anderen. Die einen geben Kinderzulage ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder, andere lassen sie nicht nur nach der Zahl, sondern auch nach Alter und Größe der Kinder. Es besteht eine unerlaubte Unterschiedlichkeit. Man erinnere sich, daß der Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechend eine unerlaubte Unterschiedlichkeit besteht. Das ist die Leistungsfähigkeit der Eltern, die auf Einkommen aufbaut. Mit den Gemeinden der jetzt üblichen Art aber verschone man uns. Sie können Groß und Bitterkeit nicht mildern, sondern verstehen das Karke Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, das doch aller Rot die Einzelnen wie die Gesamtheit der Arbeitnehmer befreit.

Die Sadgasse

Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinden.

Die Arbeitslosenversicherung hat einen Sturm nach dem anderen über sich ergehen lassen müssen. Oft genug ist von Hochstimmigen und Einflussreichen gewünscht worden, ihr nicht eine Leistungsänderung nach der anderen, sondern einfach immer neue Verfahrensvorschläge entgegenzutragen. Die Verteilung

hat die Prüfung mit dem Abbau der Verjüngung — das Beruhigen gründlich erwartet, indem unter der Überschrift „Beruhigung der Verjüngung“ zwei verschiedene Behörden für die gleiche Aufgabe eingesetzt wurden.

Seit langem wurde bemängelt, daß wir drei Arten der Unterstüzung haben: verhältnismäßige Arbeitslosenunterstützung, Arbeitserhaltung und Sozialhilfenerhaltung, die getrennt voneinander wurden. Vermischt wurde zwischen den beiden Verfahren, so daß die Arbeitserhaltung und die Sozialhilfenerhaltung für alle arbeitsfähigen und willigen Personen beim Arbeitsamt, während die Betreuung der Arbeitserhaltung beim Sozialamt. verblieben sollte. Die Gemeinden aber verlangten die ganze Betreuung für sich, obwohl sie für die Arbeitserhaltung doch die Freizeit in Anspruch nehmen müssten. Der Staat der Gemeinden, zeigte nur die Überzeugungsfähigkeit und Unberücksichtigt ihrer Bedürftigkeit.

Die Regierung konnte sich nicht entscheiden. Sie befürwortete das Arbeitsamt nach dem Sozialamt zur Durchführung, forderte beide. Sie teilte die Aufgabe nach nicht, sondern nach den jeweiligen Erfahrungen und fügte, was es verlangt, ein erstaunliches Bild von dem Verhältnis des Sozialamtes.

Die Sozialamts machen es den Gemeindebehörden leicht. Sie überzeugen ihnen welche Arbeitserhaltung, wenn sie ein Grund eignen glauben, den Sozialamt verfügt,

卷之三

1038

Arbeiterin und Gewerkschaftsleide =

aber drei Wochen unseres Weisens in Königin hinter und nicht zulegt auch dem Gesamtverband und unserem Verstand und den Kollegen, die es uns erthältlichten, an diesem Kürsus teilzunehmen.

In der Aussprache über „Gewerkschaft“ als Organ der Volkswirtschaft lernten wir kennen die verschiedenen Faktoren, die die Gewerkschaftsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit verschlangend beeinflussen. Die Gewerkschaftlichen Fragen wurden zum Teil sehr lebhaft diskutiert.

In den fünf Jahren, welche in Amerika verstrichen sind wie alle ein Stück weiter gebracht worden in der Entwicklung wirtschaftlicher Einrichtungen und Zusammenhänge, alle Teilnehmerinnen können glingen mit dem festen Willen auszutauschen, für die Zukunft ihre ganze Kraft in den Dienst der öffentlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung zu stellen.

Ergebnisse eines Konsenses im Schuljahr 1970/71

Königswinter

Vom 10. bis 22. Oktober fand im Bilburgseminar der christlichen Gemeinschaften in Königswinter im "Unser Haus" ein Zweiwochenkursus für Arbeiterinnen statt. Dieser Kursus sollte schon im Frühjahr wie gewöhnlich stattfinden, aber es fehlte an genügend Zeitnehmerinnen, weil die Kolleginnen in den Betrieben keine oder Wochen Urlaub bekommen. Der Gesamtverband von dem der Kursus veranstaltet wurde, wollte jedoch dieses Jahr nicht vergehen lassen, ohne daß ein Arbeiterinnenkursus stattfände. Er entschloß sich deshalb, einen im Herbst zu veranstalten, und zwar nur für jene Kolleginnen, die die Kolleginnen in den Betrieben eher frei bekommen. Nun, so war es auch.

Wir Zeitnehmerinnen freßen uns während des Oktober

Der Sturz ins Jahrtausend steht in Zukunft an und, gingen mit ganz anderen Gedanken nach Hause. Wir lernen unseren Arbeitervorstand kennen, schwächen und lieben. Nun liegt es an uns, die wir innerhalb unserer Bewegung mitwirken, daß wir vor dies auch den übrigen Arbeiterinnen klar machen und sie dazu ermuntern, ein gleiches zu tun, damit aus unserer Bewegung ein glückliches Kooperationsen. Das ist ja schließlich der Wunsch und das Ziel unserer Bewegung: aus den Arbeiterinnen die ehrliche, charakterreiche, selbstbewußte Menschen heranzubilden, die auch eintreten für ihre Echte und sie verteidigen. Wir, die wir im Sturz vorren, halten weitestens das Gefühl, daß das Leben stolz beginnen eine der wichtigsten Aufgaben ist, und daß hieran noch in manchen Dingen und Gegenden fehlt.

Gute! — Rehn, wir wollen den Gemeinschaftsgeist festhalten, dann ihn weitertragen in unsere Familie, Arbeitstheorie und Jugendgruppen und lassen dann, daß wie trotz unserer Erwerbslosigkeit alle Menschen Sonne feiern können.

Wochenendverlust der weiblichen Arbeitsgemeinschaft III. Gladbach

Um 8. und 9. Uhr über veranstaltete die weibliche Freiheitsgemeinschaft in Gladbach einen Friedenstagkursus. Folgende Themen standen zur Besprechung: 1. Die Entwicklung der Polizei, 2. Politische Gefangen, 3. Die Gewalt im Haushalt.

sehr gut, es hatten sich bald alle daran gewöhnt, und es waren auch alle recht froh, viel zu hören und zu lernen, aber auch das Gelehrte mit nach Hause zu nehmen, um es zu verbergen.

Zum Schluss aber noch ein Wort des Danthes den Lehren und der Lehre des Kursus für ihre Rüthen und Wertheiten innerhalb der drei Wochen unseres Weltens in Königswörter und nicht zuletzt auch dem Gesamtbereich und unserem Westfond und den Kollegen, die es uns erlaubten, an diesem Kursus teilzuneh-

Gehen wir zuschauen und abwarten!!

Wer die gegenwärtigen Geschehnisse im Wirtschaftsleben mit Sturznotsamkeit befolgt, der wird sich klar darüber sein, daß bestreite Umformungen in der Wirtschaft sich vollziehen werden, welche drungen sich vollziehen müssen. Falsche Kapitalverwertung, eine verderbliche Tschüpf und Gewinnsucht, Mangel an Verantwortungsgefühl dem Volksgenossen gegenüber, haben uns den wirtschaftlichen Ruin gebracht, unter dem heute Millionen deutscher Volksgenossen leiden. Auch die zunehmende Technifizierung kann nicht allein als Ursache der Krise gelten, denn trotz des ungeheuren Überschusses an Produktionskünsten

en der Konsumgenossenschaft mit dabei! Wir werden nicht aufsehen und abwarten in dem Hingegen um bessere Wirtschafts-
vortrmen. Wir breiten mit in die Speichen, das Rad der Zeit zu
reihen. Wir sind nicht Gegner des Mittelstandes, doch der
Bestand hat Faschinsberechtigung. Über Lieberverteilung und ein-
seitige Gewinnanhäufung, die lehnen wir ab.

Diese Kostspielikie in unserem Wirtschaftsleben aber bekämpft
die Konsumgenossenschaft. Sie will vornehmlich die Frauen-
welt dazu erziehen, „für ihre Familien erst das Notwendige,
nun das Nützliche und zuletzt das östelrecht Entbehrliche zu
kennen.“

Durch eine leidige Mitarbeit in der Konsumgenossenschaft, die da bestehen kann in einer berüchtigten Barenkritik, Nitrozäuring bei der Preisgestaltung, durch restlose Deckung unseres Bedarfs, können wir auf sicherstem Wege dazu, das heimliche Illoco zu heben, den Lebensstandard des kleinen Bevölkeren, Angestellten und Arbeiters zu verbessern. Welch einen bedeutenden Vorsatz im ben kommenden Monaten wieder die Rückvergütung für unsere Getreuer. Hilt dieselbe doch roieder bei die drückende Winternot hinweg. So ist die Konsumgenossenschaft wahrhume Selbsthilfe. Sie leitet die Gewinne in die richtigen Kanäle um das Volkswohl zu fördern. Sie ist ein sozialistischer Zugleich jüdischen Kapital und Nichtbeliebter! Alten wir Frauen der Konsumgenossenschaft die Gründungsliste an.

Arbeiterin und Gewerkschaftsleide =

Der Gedanke von der Notwendigkeit der Gewerkschaftlichen Organisation ist längst noch nicht in dem Maße, wie man es fassen möchte, allgemein eingetragen, der erwerbstätigen Frau geworden. Eine Erfüllung der Geschäftsführungsaufgaben in licher Tradition gegebene Zurückhaltung der Frau vom öffnen, sozialen und politischen Leben zu überwinden, die in Vorberichtszeit vorwiegend nach religiöse und weltanschauliche

großere Zurückhaltung bei der Frau gegenüber den werkhafestlichen Organisationen eine beachtliche Rolle gespielt.

A black and white woodcut-style illustration of a woman's face, looking slightly to the right. Her hair is styled in a bun, and she has a gentle expression. The background is dark and textured.

gewerkschaftlichen Organisierung sich zuwider ausschließt oder entwiegend auf den militärischen Teil der Bevölkerung erfreute. Das fühlte aber nicht ein weSENTLICHES Kampfcharakter. Generichäften, dem natürlich die Organisierung der Männer wesentlich näher lag als die gewerkschaftliche Zusammenarbeit der berufstätigen Frauen. In einer Anzahl von Gewerkschaften wurde darüber hinaus aus sozialpolitischen Gründen bewußt die Fernhaltung der berufstätigen Frauen aus den Organisationen erreicht, weil man aus einer rücksichtigen sozialen Ideologie in der berufstätigen Frau und ihrer Tätigkeit der Unterwerfung eines starkes Gemüts gegenüber den Bedürfnungen um ihre gewerkschaftliche Organisierung.

Die Mutter

Origin. "Gespräch von M. Jungheim

Nach in der Berufsstätigkeit der Arbeiterin für ihre stärkere Reserve gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation. Erfahrungsgemäß ist der überwiegende Teil berufstätiger Frauen als ungesetzte oder angelernte bed. Hilfsarbeiterin beschäftigt. Die gewerkschaftlichen Erziehungen aber zeigen, daß gerade die Organisierung unterseiter Arbeitsträste wesentlich schwerer ist, als die Erfössung gelernter und mit ihrem Berufe durch Lehr- und Gewerbeschulung viel vertrauter

Endlich spielt natürlich für die härtere Zurückhaltung der berufstätiger Frauen gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation auch ihr Profiberuf von Frau Schausfrau, bezw. Mutter eine wesentliche Rolle. Nicht allein insofern, als diele doppelte Berufsbefestigung ihr die Wahlmöglichkeit einer berufsmäßigen Verfammlung und damit ihrer beruflichen Arbeitskraften lediglich eine unerwünschte Konkurrenz darstellen würde, hinter der die gemeinsamen Interessen zurücktreten.

haltungen wesentlich erschwert, sondern auch nach der materiel-
len Seite hin. Die im Haushalt tätige heilige, verheiratete Frau
wird das Opfer des Gewerbeschäftsbeitrages viel schwerer emp-
finden als der Mann. Ihre materiellen Interessen werden auf
dem viert stärker auf die eigenen häuslichen Belange gerichtet
sein, als die in dieser Hinsicht allgemeineren Interessen den
Mannes.

So bedeutet es wesentlich erhöhte Anstrengungen der gewerkschaftlichen Organisationen, jene Überstände zu überwinden, die aus der Sonderstellung der erwerbstätigen Frau in der Gemeinschaftsfrage gegeben sind. Wie stark diese Überstände auch heute noch sind und wie wesentlich die Auswirkung dieser Gemüthsgründe auf die Tätigkeit und Entwicklung der Gewerkschaften ist, zeigen die statischen Gefälle über die

ausdehnungsfähige Entwicklung und der Anteil der organisierten Arbeiterinnen in den Gewerkschaften auch in den letzten Jahren nach. Gemeinsam durch stärkste Ziehung jener weiblichen Gewerberinnen und durch intensive Kleinarbeit es den Gewerkschaften gelungen ist, in der Organisierung der weiblichen Belegschaften wesentliche Fortschritte zu erreichen, so ist doch die Zahl der organisierten weiblichen Beschäftigten noch erheblich

Betrüger, als man allgemein annehmen sollte, und auf der anderen Seite die Zahl der unorganisierten berufstätigen Frauen noch außerordentlich hoch. Nach den Ermittlungen des statistischen Reichsamtes waren im Jahre 1929 von rund 4,8 Millionen Arbeitenden nur rund 907 000 gewerkschaftlich organisiert. Das bedeutet also noch nicht 20 Prozent der gesamtbewerbstätigen Arbeitnehmerinnen. Bei den weiblichen Angestellten liegt die

Zahl der Organisierten mit 310 000 bei insgesamt 13 Millionen Beschäftigten erheblich höher. Diese Verhältnisse liegen niedriger als die entsprechenden in den Organisationen der männlichen Bevölkerung. Der Unterschied ist auch hier deutlich aus. So betrug die Zahl der organisierten Frauen in den freien und staatlichen

chaften für die 15 besu. 16 Prozent, während in den kirchlichen Organisationen nur 7 Prozent der Mitglieder berufstätig waren. Die Zahl der organisierten Frauen blieb also mit rund 20 Prozent der Gesamtzahl der Berufstüchtiger Frauen wesentlich hinter dem Anteil der männlichen Organisier- ten, die etwa 45 Prozent aller berufstätigen Männer ausmachten.

Die gleichen Unterscheidungen zeigen sich auch in den einzelnen Berufen und Berufsoverbänden. Am häufigsten liegen dabei naturgemäß die Geschäftsräume in jenen Industriezweigen, welche eine überwiegende Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte zu verzeichnen haben, so z. B. in der Zuckindustrie, der Textilindustrie, der Konfektion usw. Sonderbar ist auch hier noch die offensichtliche Tatsache zu vergleichen, daß der Prozentsatz der weiblichen Mitarbeiter, gerechnet am Gesamtanteil der weiblichen Beschäftigten, ein beträchtlich niedriger ist.

Es bedarf keines Schnellwesens drauf, daß in dieser Gesellschaft, hinsichtlich auf die interessirten Arbeiterrinnen selbst, nur durch bestreitbare in Lohnhöhen, Gesetzesverletzung, Gesundheitszweken usw. wird nur in dem Maße Erfolg haben können, als durch die Organisation der weiblichen Arbeiterrinnen bestmöglich gesorgt ist für die Voraussehung geschaffen werden. Und wenn nichts wird die Gefährdung der Weibliche der Arbeiterrinnen um so stärker sein, als eine unzureichende wirtschaftliche Organisierung nicht die Möglichkeit gibt, die Bedürfe der Arbeiterrinnen ausreichend zu wahren. Hat den weiblichen Mitgliedern der Gewerkschaften selbst liegt es darum, mit Nachdruck für eine restlose gewerkschaftliche Erfassung aller beschäftigten Frauen einzutreten, in den Betrieben zu sorgen.

Schädigung der

Zahlreiche Beobachtungen der Arbeitnehmerorganisationen führen zu der Feststellung, daß der Einfluß der Zeitarbeit auf die Gesundheit der Arbeiterinnen außerordentlich schädlich ist, ja, daß fast keine andere Frauarbeit in dem Maße besitzt, wie dies die generative Funktion der Frau verhindern läßt, ihre Kindererwerbsarzt, Ministerialrat Professor Dr. S. Röhl, in der offiziellen Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht.

Die Heiterkeit im modernen D

Erkrankungen, besonders Unterleibskrankheiten, Geburts- und Arbeitsbeschwerden und Arbeitsunruhen, die Zeitlichkeit verlangt, welchen schädlichen auf die generativen Organe. Besonders steht Prof. Roelofs fest, daß ammeist eine vorzeitliche Entstehung des Geburtsmechanismus infolge von zu lange Fortsetzung der gewerblichen Arbeit bis hinauf vor oder bis zum Eintritt der Geburt eintrete. Das Ergebnis dieser Untersuchung schließt mit folgenden Worten:

„Die Fortsetzungen einer rechtzeitigen Arbeitsunterbrechung, besonders des Ruhes, bei Geschäftsfrauen in den letzten 4-6 Wochen vor dem berechneten Geburtsstermin, endlich auch einer in frühestens 6 Wochen dauernden Ruhe nach der Entbindung, er scheinen daher wohl begründet.“

Zus. daraus errechnete allgemeine Verhältnis der Normale geburten zu den abnormen Geburten betrug bei den Textilarbeiterinnen 7,18 : 1 und bei den Frauen anderer Berufe 11,25 : 1. Die Untersuchungen sagten deutlich, daß die relativ stärkere Zunahme der Frühgeburten bei den Textilarbeiterinnen nicht etwa eine Folge von sozialökonomischen Schwangerheitsstaunabrechungen (fahrlässig erzielte Schwangerschaften) sein kann, sondern eine Ursache ausschließlich in den berufsspezifischen Schädigungen findet. Ein besonderer Beweis hierfür ist noch die Tatsache, daß die Spätverstorbene fragen in Erfahrung tretende Tatsache, daß die Spätverstorbene und Absterblichen den stärksten Anteil von abnormen Geburten haben.

Die Mehrbelastung der Textilarbeiterinnen mit abnormen Geburten tritt auch bei der Aufteilung der Frauen, die vor der Erhebung ersucht wurden, nach Gruppen mit normalen und abnormalen Geburten herauß; bei der Gruppe der pathologischen (krankhaften) Geburten zeigen die Textilarbeiterinnen 37,15 Prozent, dagegen die anderen Frauen 15,43 Prozent.

Professor Dr. Röell stellt als Ursachen bleier Tatsachen fest: **Die Textilarbeit erhöht ihr häufiges Auftreten**.

	bei den Textilarbeiterinnen	bei den anderen Frauen
Normalle Geburten	87,78	91,84
Fehlgeburten	3,88	2,80
Frühgeburten	6,58	4,84
Totgeburten	1,76	1,52
100,00		100,00

ants die Ergebnisse einer Enquête, die unter seiner Leitung im Augsburger und Oberfränkischen Textilbereich durchgeführt wurde. Diese Erhebung verhüllte den Einfluß der Textilarbeit auf die Gebärhaft der Arbeitnehmer feststellen. In der Erhebung wirkten zunächst die Betriebsräte, Fürsorgebeamten und Tertiararbeiterinnen mit, die bereitwillig und nachheitsgemäß Auskunft erteilten; dagegen weigerten sich in sehr dieser Fülle den die Arbeitgeber, die angeforderte Hilfe zu erzielen, obwohl die Erhebung amtlichen Charakter trug.

Zu folgenden bringen wir auszugweise die wichtigsten Ergebnisse der beobachteten Erhebung, an deren Wissenstaf-

Drei Wochen im Erwerbslosenfluss

Nichtelektanten vom Jahre 1919 ... rund 800 000 ArbeiterInnen
bieten mir immerhin noch mit einer Zahl von 400 000 zuver-
lässigen Beschäftigten in der Zeitkrise große Reserven. Diese Arbeit-
Innen arbeiten nun überwiegenden Teile unter besetzten
Werksräumen und Gewerkschaftsbüros — so wie es unter
geringeren Wohnverhältnissen — die mittleren Arbeiter.
Sowohl die Arbeitseien in Freizeit kommen, haben die massiven
ArbeiterInnen die Städte wie die ländlichen Arbeitseien
zu bebauen und auch bestehende Leistungen aufzunehmen. Diese
leistet vor allem die die ZeichenarbeiterInnen wie auch die die
BauarbeiterInnen mit. Sieheaus ist schon erledigt, daß der
Kampf der Reaktion sich nicht nur gegen die Macht und die
beschäftigungen der ArbeiterInnen richtet.

Somit ist sie jede Arbeiterin der Weg bedingt, den sie als
Mensch, als Arbeiterin und Staatsbürgerin zu gehen hat, wenn
sie nicht revoltiert ist, ihre Menschenrechte preiszugeben. Das
heute der Kriegskampfes, das, wie die Vergangenheit zeigt, den
Wirtschaftsmitteln der Gesellschaft schon immer gehemmt hat,
ist wieder von dem vorhin geschilderten Gedanken be-
schwert. Das kann und darf uns als demokratisch organi-
sierte ArbeiterInnen nicht abhalten, die uns drohenden Gefah-
ren klar zu sehen. Wie werden aber auch die uns die Ge-
fahrung liebenden Mittel zur Verteidigung besser Geschafft können,
wenn um unsere Sonderinteressen nebstamt und Selbstbehauptung
treten zu können, bedarf es der klaren Gedanken der Justiz,
sozialistischen Zusammenhände. Daraus ergeben sich Selbstbewußt-
sein und Selbstverteidigung. Dieses alles vermittelnd und Christ-
liche und katholische ArbeiterInnen unsere Gewerkschaftliche Gewerkschafter.

Wieder nur
besser befindet.
Daraus ist auch
richtig, welche
Aufgaben wir
als Arbeitnehmer
nur, die rote
ruck in der Su-
doststrasse sind,
zu erfüllen ha-
ben. Von hier
sind unten Frau
und Kind
denn die im glei-
chen Leben ist ein
Kind, hat die
Landwirtschaft
über hinaus
jetzt verdeckt
sein. Die über-
nen berufstätige
gen Frauen und
Mädchen leben,
den sich in der
Geburtsstube, im
Spaziergang und
heir. Nur der
Arbeit, Industrie
sind ... Nach
den Werken

三

Tagesschule, einen geordneten Stundenplan, bzw. eine sorgfältig
arbeitete, und erholungsfreudige Zeit. Und nun: Was soll eigentlich
Morgens um 1 Uhr aus dem Neben- ... macht nichts, mit
einer Stundenplaner, Wochentafel, bl. Seite, zu machen ist sehr, & die
nicht am besten nutzen, doch nur nicht bloß ausdrücken braucht.
sondern auch sehr mitprägen und haben darf! Was wir
uns nicht unverzüglich tun. Das gab manche Diskussion, und
es waren sehr verschiedene Meinungen, darüber, ob ein einfaches
Verzeichnis der täglichen Gruppen sollten, welche nur kleine Gruppen
und Unterrichtsstunden enthalten sollten, oder eine längere Gruppe,
die über alle Wochen und gleichzeitig, in den Stunden von 10-12
Wochen, verstreut, liegen, bestehen, praktische Sachanleitungen
und so weiter, man kleine Rechtshilfen etc., die man vornehmen
sollte, um Konflikte einzufrieden will, nach Zuschlussurkunde,
der 1. Über-Wettbewerb. Damit eine Wanderung über Weisheit
wurde. Wenns genügend Blattmaterial, "Sitz", "Gang" und
Wachhabende im Service der Schülerin. Das kann schlimm
scheinen, unverzüglich Stunden voll hüftlichen Prokrustes.

Es kann ein Zusammenleben ohne Beziehungsfreiheit, so führen,
wie man sie nur selten findet. In dieser Atmosphäre entstehen
sie überall, wie selbst auf. Und die drei, wobei noch so
langen Wochen, wie schnell, wie übersehn, plötzlich dahin. Der
letzte Sonntagabend verbrachte uns alle in großer Besetzung.
Sie waren die Eltern, das Gespräch, die Mütter, aber ein
Gemeinschaftsgefühl. Wobei fühlten sie Schamlosigkeit, ich
durchaus Dankeswort, kann das wirklich für das arbeiten

Weltpolitik und Weltwirtschaft

(Aus dem Vortrage von Prof. Dr. Theodor Brauer auf dem 5. Kongress des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften in Antwerpen.)

Zur erschöpfenden Schilderung dessen, was uns heute bedroht, müßte man eigentlich weit in die Geschichte der abendländischen Menschheit zurückgehen. Die furchtbaren Schläge, die uns heute mit unheimlicher Stärke treffen, gleichen den gewaltfamen Explosionen, die sich aus langer, übermäßiger Spannung ergeben. Insgesamt lagert über unserem Leben eine bedrückende und aufreizende Rätselhaftigkeit. In der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik äußert sie sich in einem Misstrauen, das nicht bloß die Völker gegeneinander kehrt, oder doch mindestens voneinander abkehrt, sondern auch die Angehörigen des einzelnen Volkes.

Unter solchem lastenden Druck bemühen sich die Völker einstmals vergebens, in die Lage auf dem Weltmarkt und in die Weltpolitik einen gewissen Beharrungs- zustand hineinzubringen. Ein Auf und Ab von oft nachstehenden Folgen ist das Kennzeichen der Zeit. Daher die verhängnisvollen Schwankungen, die das Gesamtgefüge der Weltwirtschaft und der Weltpolitik durch oft einander überschürzende Schläge bedrohen. Dazu drinnen die Feuergarben im Osten Asiens den Weltbrand aus neuer zu entzünden. Russland wirkt mit einem dämonischen Zynismus die revolutionäre Brandfackel in alle erreichbaren Teile der Welt. In den südamerikanischen Staaten reichen sich die Revolutionen und Putschs sozusagen die Hände, weil die Weltmarktkrise nicht bloß das wirtschaftliche Leben dornenwirkt, sondern zugleich das Staatsgefüge auseinanderzureißen droht.

In den abendländischen Staaten selbst ist es die Arbeitslosigkeit, die äußerlich sichtbarste und aufreizendste Folge der Störungen des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts, die nicht bloß Not und Elend in unabsehbarer Folge hinter sich herschleppt. Der Radikalismus entzündet sich an den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, greift aber tief in das seelische Leben der Menschheit hinein. Insbesondere ist die Jugend zu einer herzergreifenden Verkümmерung verurteilt. Auf die Dauer kann sich kein Land und kein Volk vor diesen Erschütterungen völlig bewahren. Man sieht förmlich, wie die Krise in all ihren verheerenden Ausprägungen ein Volk und ein Land nach dem anderen in ihre Fänge schlägt.

Wissenschaft und Praxis stehen in vielem den Dingen ohnmächtig gegenüber. Wo der Nationalökonom mit seinen Mitteln vielleicht zu Rande kommen würde, wird er durch die Politik gestört. Wirtschaft und Politik zeigen, namentlich im Weltzusammenhang, Vertrauen voraus. Dagegen ist allgemeines Misstrauen das Kennzeichen der Lage und Zeit. Durch dieses Misstrauen wird der Kredit, das vornehmste Instrument des Weltmarktes, auf das empfindlichste gestört. Vergleichlich bemühen sich selbst bedeutende Zentralbanken, in großen Staaten durch ihre Zinspolitik die Gesamtlage wieder einzugrenzen ins Gleichgewicht zu bringen. Auch die stärksten internationalen Preis- und Produktionskartelle haben es bisher nicht vermocht, irgendwie krisenmildernd zu wirken. Noch weniger kann aber der in übermäßiger Verblendung beschrittene Weg des verstärkten *Lookout* zu einer Verarmung oder Beseitigung der Krisenlast führen. Christliche Gewerkschaftsauffassung wird immer zugeben, daß Preisstürze auf der ganzen Linie auch den Rückgang der Löhne zur Folge haben, vorausgesetzt, daß dabei die reale Kaufkraft des Lohnes nicht schwindet. Die Erhaltung der Arbeitskraft auf ihrer mühsam erreichten Standhöhe setzt eine anständige und kultivierende Lebenshaltung der arbeitenden Menschen voraus.

Ihrer grundsätzlichen Einstellung gemäß wird die christliche Arbeiterschaft an der Überwindung des grundfächlichen Misstrauens in der ganzen Welt in jeder Weise kräftig mitarbeiten müssen. Das Misstrauen muß abgebaut werden, nicht zuletzt auch im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das von den christlichen Gewerkschaften angestrebte System einer vernünftigen Arbeitskorporation kann nicht aus der Hand des Staates genommen werden, sondern es muß ein Instrument wahrer und wirklicher Selbstverwaltung sein. Es wird notwendig sein, daß der Bund der christlichen Gewerkschaften nach dieser Seite richtungshend auftritt. Die nationalen Gruppen und Organisationen der christlichen Gewerkschaften müssen dafür eintreten, daß die verbissene Abschließung der Völker durch immer schärfer werdende Zollgrenzen und handelspolitische Schikanen aufhört. Die korrumptierende Subventionspolitik muß einer großzügigen Wirtschaftspolitik Platz machen. Seit es eine Volkswirtschaftslehre gibt, steht die Erkenntnis fest, daß der Wohlstand des einen von dem Wohlstand aller anderer abhängig ist. Neue Gewerbe und Industrien sollen schützen, aber das darf nicht zur künstlichen Hochzüchtung ausarten, die immer nur auf Kosten und zu Lasten der breiten Schichten des Volkes erfolgen wird. Hier liegt ein Aufgabengebiet der Fachinternationen, die sich immer wieder verständigen und genau umfassende Verpflichtungen für die einzelnen nationalen Gruppen festlegen müssen. Eine Zusammenarbeit mit dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt ist vonnöten, weil hier das Material zusammenkommt, das als Unterlage für die Aussprachen der Fachinternationen dienen muß.

Eine Fülle weiterer Ausgaben ergibt sich sodann aus der Regelung der Reparationsfrage sowie der Frage nach der Kriegsschuldenfrage. Diese Frage wird immer mehr zum Prüfstein für die Gesinnung der Völker und der Menschen. Hier kommt das grundfächliche Misstrauen zur stärksten Ausprägung. Hier finden geistige Haltung wie politisches und wirtschaftliches Wollen ihren stärksten Niederschlag. Aus solcher Erkenntnis sind die Augen der Welt auf jene Stellen gerichtet, denen man die Verpflichtung auferlegt hat, nach einer gerechten Lösung zu suchen. Eine Reihe von Völkern ist ja in ihrem Wohl und Wehe mit der Lösung der Reparationsfrage auf Gedächtnis und Verderb verbunden.

Unter solchen Umständen kann die international vereinigte christliche Arbeiterschaft vor diesem größten aller Probleme der heutigen Zeit nicht ausweichen. Von ihrem

Mehrstuhsystem in England

Das letzte Weltjahr hat der englischen Baumwollindustrie nur Auseinandersetzungen gebracht. Und schon wieder sitzen in Manchester die Unternehmer und Arbeitnehmer zusammen, um über die Bedingungen eines Tarifvertrages für das Mehrstuhsystem in der Baumwollweberei zu beraten. Seit drei Jahren wird dieses System in einzelnen Fabriken, besonders in der Gegend von Burnley, durchgeführt. Aber alle Versuche, ein Abkommen über die Arbeitsbedingungen zu schließen, sind gescheitert. Jetzt hat das englische Arbeitsministerium seine Hilfe angeboten, und die Verhandlungen finden unter der Mittlerchaft eines leitenden Beamten dieses Ministeriums statt.

Es wird auch langsam einmal Zeit, daß wieder geordnete Verhältnisse in diese Industrie einkehren. Die „Baumwollkönigin“, wie sich Manchester mit Stolz vor dem Kriege nannte, ist zwar schon lange entthront, auch besteht kaum Aussicht, daß sie ihren Thron einmal wieder besteigen wird, vielmehr muß sie mit aller Macht kämpfen, wenn sie ihren Stand behaupten will. Und der Kampf, der hier von der englischen Baumwollindustrie gekämpft wird, ist zum guten Teil ein Kampf der ganzen europäischen Baumwollindustrie, denn er richtet sich gegen die vordringende asiatische Baumwollindustrie, der die billige Arbeitskraft des farbigen Menschen zu gute kommt.

Unter solchen Verhältnissen gute Arbeitsbedingungen für die Arbeiter durchzusetzen, ist keine leichte Aufgabe, und der Ernst und die Fähigkeit, mit der von beiden Seiten die Lohnverhandlungen geführt werden, geben ein eindrucksvolles Bild der Röhrigkeit. Man muß es miterlebt haben, wie in Manchester 60 Vertreter der Unternehmer und Arbeitnehmer zehn Tage lang um einen neuen Tarifvertrag verhandelt haben. Es war schon kein Verhandeln mehr, sondern ein Kämpfen um jede Position. Nachdem die Unternehmer einen Lohnabbau von 27 Prozent gefordert hatten und die Gewerkschaften bereit waren, ihren Mitgliedern einen Abbau von 12,5 Prozent vorauszuschlagen, wurde sieben Tage lang, unter der Unterstützung von drei höheren Beamten des Arbeitsministeriums, um die Überbrückung dieser Spanne gekämpft. Oft 17 Stunden am Tage gingen ohne Unterlaß die Verhandlungen, und manchmal rechneten beide Teile mit dem ergebnislosen Abbruch. Alle Mittel der Verhandlungstaktik wurden von beiden Seiten angewandt, und schließlich einigte man sich, unter dem gelinden Druck des Arbeitsministeriums, auf eine Kürzung von 16,5 Prozent.

Ein interessanter Gegensatz: Das große Hotel mit seinen Festen und Bällen, wo Frack und Abendkleid die herrlichen Festfälle füllten, und dann nur ein Stockwerk darüber, die Männer der Baumwollindustrie, die Unternehmer und Gewerkschafter, in ihren ersten Verhandlungen, deren Ergebnis den Inhalt des Brotkördes von 160 000 Spinnern bestimmte. Nur in England ist ein solcher Gegensatz möglich, und doch zeigt er dem neutralen Betrachter die wirkliche Lage der Industrie eindringlicher und deutlicher, als es noch so viele Statistiken tun können. Und als die Verhandlungen vorüber waren und alles mit einem hörbaren Aufatmen auseinanderging, die Vertreter des Ministeriums die wohlverdienten Lohnsprüche der Öffentlichkeit und ihres Ministers erhalten hatten, da weigerten sich die Arbeiter, den Abschluß anzuerkennen. Es kam zum Streik, aber nur für eine Woche, denn die Streikabstimmung, die in der Zwischenzeit in den Betrieben lief, brachte nicht die für eine Fortsetzung notwendige Mehrheit. Fast hätte, trotz all der Verhandlungen, ein neuer, wochenlanger Streik gedroht, der erst vor wenigen Wochen die Baumwollweberei heimgesucht und dort einen Schaden an entgangenen Löhnen und Gewinnen von fast 180 Millionen Mark verursacht hätte.

Und jetzt sieht man wieder zusammen. Auch diese Verhandlungen werden nicht in wenigen Tagen abgeschlossen sein, wenn sie überhaupt mit einem guten Ergebnis enden. Dafür ist die Frage viel zu schwierig, und auch die Erfahrungen sind noch nicht vollständig genug.

In Burnley, wo mit Zustimmung der Gewerkschaften vor drei Jahren in einigen Betrieben das Mehrstuhsystem eingeführt wurde, habe ich mit einige Betriebe angefahren. Es war nicht ganz einfach, denn in den sozial so sehr gespaltenen Zeiten, wie sie gerade in diesem Teil der Industrie herrschen, sieht man nicht gern Besucher. Im Bezirk Burnley stehen 107 000 Webstühle, davon in Burnley selbst 86 000. Von diesen 86 000 Stühlen sind 30 000 auf das Achtstuhsystem pro Weber umgestellt. Und das erste Ergebnis war, daß 2500 Weber arbeitslos wurden. In einer mittleren Baumwollweberei mit 1250 Stühlen, die ich besichtigen durfte, wurden im Vierstuhsystem 318 Weber beschäftigt. Nach der Umstellung auf das Acht-

stuhsystem genügten 219 Weber, die anderen wurden arbeitslos. Aber nicht nur in der Zahl der Belegschaft trat eine Veränderung ein, sondern auch in der Zusammensetzung. Beim Vierstuhsystem wurden 107 Weber und 200 Weberinnen sowie 11 Lehrlinge (mit je zwei Stühlen) beschäftigt. Die Umstellung ging nun fast vollständig auf Kosten der Weberinnen. Jetzt, beim Achtstuhsystem, steht die Belegschaft wie folgt zusammen: 101 Weber, 49 Weberinnen, 1 Lehrling mit sechs Stühlen, 11 Lehrlinge mit je vier Stühlen, 25 Frauen für Reinigen und Setzen der Maschinen, 20 Frauen für das Anschlagen und 7 Männer für das Abschlagen. Dies ist das Ergebnis für die Arbeitnehmer. Das wirtschaftliche Ergebnis für den Unternehmer sieht wie folgt aus: Die Leistung des einzigen Produktes der einzelnen Stühle. Darum sinken zwar auch die Lohnkosten zwischen 20 und 30 Prozent, während die gesamten Unkosten sich nur um 2-7 Prozent verringern. Faßt man das Gesamtergebnis nun in einem Satz zusammen, wie es sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergibt, dann macht die Einführung in einem Betrieb ein Drittel der Belegschaft arbeitslos, bei einer Senkung der Unkosten von durchschnittlich 5 Prozent.

Noch sind die Versuche mit dem Mehrstuhsystem nicht abgeschlossen und schon bereitet sich ein neuer Anlauf zu ernsten Auseinandersetzungen vor. Von den rund 800 000 Webstühlen in ganz Lancashire sind erst 5 Prozent „automatische Stühle“. Die Vergleichsziffern für Deutschland laufen 10 Prozent, für Italien 15 Prozent und für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 70 Prozent. Diese Zahlen bekommt man überall zu hören. Sie werden von den Engländern als Beleg für eine schlechte Ausstattung ihrer Industrie gewertet. Von allen anderen Fragen einmal abgesehen, ist es ganz selbstverständlich, daß der „automatische Stuhl“ die Arbeitslosigkeit weiter vermehren muß. Nun sind heute schon 40 Prozent der Weber ohne Arbeit, und selbst in dem guten Jahre der Hochkonjunktur 1929 waren 9 Prozent der Arbeitnehmer der Baumwollindustrie ohne Beschäftigung. Und darum enden alle Betrachtungen mit der fast verzweifelten Feststellung, daß es der Industrie wohl nie mehr gelingen wird, ihren ehemaligen Arbeitnehmern Brot zu geben. Die Universität von Manchester hat nach sehr sorgfältigen Untersuchungen errechnet, daß selbst in den besten Jahren 66 000 Arbeitnehmer in Lancashire und in Drittel aller Spindeln und Webstühle keine Beschäftigung erhalten werden. Die Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie ist vornehmlich eine Arbeitslosigkeit der Frau. Der „Liebeskampf“ besteht aus 44 000 Frauen und 22 000 Männern. Und es kennzeichnet wieder die verzweifelte soziale Lage, daß es sich hierbei fast ausschließlich um verheiratete Frauen handelt. Von den arbeitslosen Frauen aus der Baumwollindustrie in diesen Tagen sind 28 Prozent verheiratet. Diese Zahlen ergrauen nicht vor der Not der Familien in den kleinen Dörfern der Weber und Spinner, als noch so eingehende und anschauliche Schilderungen.

Die wirtschaftliche Zukunft der englischen Baumwollindustrie sieht also nicht gerade günstig aus, für die Bevölkerung des Wirtschaftsbezirkes Lancashire, in dem die Baumwollindustrie zusammengehalten ist, werden einfache und harte Jahre kommen. Diese Jahre werden sich schwer soziale Kämpfe sehen, und nur unter großen wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen wird sich der Stand der Industrie wieder auf einer anderen Ebene einstellen. Erschwert wird dieses Einspielen durch das Fehlen jeder Möglichkeit des Ausweichens in andere Industrien oder gar Wirtschaftsbezirke. Denn auch am Bergbau von Lancashire wird auch in besten Jahren ein Überschuß von 20 000 Bergarbeitern und in der Maschinenindustrie von 15 000 Arbeitern bestehen. Mit der Fähigkeit, die dem Mann von Lancashire eigen ist, wird er sich gegen eine solche Entwicklung anstrengen, und es wird ein schwerer Kampf um den Weltmarkt entbrennen. In Ostropa hat sich die englische Industrie einen Vorsprung vor allen anderen Konkurrenten in dem großen Kolonialbereich, dem Empire, gesichert. Die Baumwollindustrie ist mit den Ergebnissen nicht zufrieden, und wenn man den neuen Zolltarif durchsetzt, dann muß man ihr recht geben. Gegen die Baumwollezeugnisse Englands haben sich die einzelnen Kolonien abgeschlossen, denn in den letzten Jahren haben sie selbst eine eigene Baumwollindustrie aufgebaut. Das alles zusammengekommen, zwinge zu dem Ergebnis, daß die englische Baumwollkönigin ihren Thron nicht mehr besteigen wird.

Sohn-Ldm.

Der Kongress der christl. Gewerkschaften gegen Autarkiebestrebungen

Der Kongress der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf sah zur Frage der Außenhandelspolitik folgende Entschließung:

Rund 70 Prozent der Bevölkerung erwirken den Lebensunterhalt in Industrie, Handel und Gewerbe. Deutschlands Wirtschaft ist mithin auf den Warenaustausch mit anderen Ländern angewiesen.

Alle Bestrebungen, die sich in einseitiger Weise auf die Pflege des Binnenmarktes beschränken und den deutschen Außenhandel zum weiteren Einschränken bringen, sind abzulehnen. Sie werden eine weitere starke Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Industrie, Handel und Gewerbe nach sich ziehen.

Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands lehnt jede Agrarpolitik ab, die den Lebensraum und die Existenzmöglichkeit der Arbeiter weiter einschränkt. Der Kongress warnt die Reichsregierung, ihre Wirtschaftspolitik von einseitigen Interessen leiten zu lassen. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, ihren ohnehin schon unerträglich herabgedrückten Lebensstand noch durch überhöhte Lebensmittelpreise und Nahrungsmittelbesteueringen weiter verschlechtern zu lassen.

Standpunkt aus ist eine restlose Lösung des Reparationsproblems und der Kriegsschuldenfrage die Voraussetzung für die Wiederherstellung einer erträglichen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage überhaupt. Da die Zahlung der Reparationen und Kriegsschulden keinem Volke nützt, aber allen schadet, so müssen diese Verpflichtungen aus wirtschaftlichen Gründen wegfallen. Wirtschaftlich liegen die Dinge also so klar, daß kein Mensch sich ihnen und ihrer Logik entziehen kann.

Aber auch politisch steht fest, daß ohne eine restlose Lösung des Reparationsproblems die Welt aus den quälenden Schwierigkeiten nicht herauskommen kann. Der Vorwurf, daß das deutsche Recht gegen weitere Reparationszahlungen ein Bruch der Youngplan-Verpflichtungen sei, versummt immer mehr. Die höhere Gewalt zwingt zu diesem Recht. Vertragsbruch kann also nicht in Frage kommen. Wir stehen als deutsche Staatsbürger christlicher Grundeinstellung unter dem Druck der furchtbaren Überzeugung, daß unser Volk beim Weiterbestehen dieser Verpflichtungen einer Katastrophe förmlich zugesetzt wird. Und anderen Völkern neben uns geht es nicht anders.

Wenn die Regierungen versagen, müssen die Völker selbst sprechen. Die Welt kann sich auf die Dauer dem Ruf einer international verbundenen christlichen Arbeiterschaft nicht verschließen.

D. G. B. fordert Volks-, Berufs- und Betriebszählung

Die letzte Volks-, Berufs- und Betriebszählung hat in Deutschland im Jahre 1925 stattgefunden. Seitdem sind sehr große Veränderungen unseres Wirtschaftslebens vor sich gegangen, so daß die Ergebnisse der damaligen Zählung heute nicht mehr als brauchbare Unterlagen der vielen wirtschaftspolitischen Entscheidungen benutzt werden können. Angesichts dieses fühlbaren Mangels hat soeben der Deutsche Gewerkschaftsbund einen Brief an den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in dem er den Minister bitten will, mit dem Nachdruck dafür einzutreten, daß im nächsten Jahre wieder eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung durchgeführt wird. „Unseres Brüder“ bedeutet die Rückstellung der notwendigen Wirtschaftsinventur aus Erspartisgründen“, so heißt es in dem Schreiben, „keine wirkliche Einsparung, denn jede notwendige wirtschaftspolitische Entscheidung, die mangels zweckdienlicher Unterlagen unterbleibt, oder auf falschen Voraussetzungen beruht, vermischt volkswirtschaftliche Werte und bedroht die soziale Wohlfahrt unseres Volkes.“ Der Zeitpunkt erscheint dem Deutschen Gewerkschaftsbund recht geeignet, da wir aller Voraussicht nach am Abschluß der schweren Weltwirtschaftskrise stehen und somit die Ergebnisse einer neuen Volks-, Berufs- und Betriebszählung wahrscheinlich für eine längere Zeitspanne richtunggebend sein können. Das Statistische Reichsamt hat übrigens die Vorbereitungen für eine neue Zählung bereits in den letzten Jahren getroffen. Die Entscheidung liegt nunmehr bei dem Reichswirtschaftsministerium und bei dem Reichsfinanzministerium. Wenn es zu einer Zählung im nächsten Jahre kommen soll, muß die Entscheidung noch vor Ende dieses Jahres getroffen werden, damit Reich und Länder noch rechtzeitig die Mittel in ihre Ears einsetzen können. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in dem genannten Schreiben eine möglichste Beschleunigung, die Aufarbeitung des anfallenden Zahlenmaterials und eine Hinzuziehung der Berufsvverbände zu den letzten Vorbereitungsarbeiten. Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1925 hat bedauerlicherweise einige große Berufsgruppen unseres Volkes nicht ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprechend gesondert aufgezählt.

Stadtbeschäftigung —

ein Hoffnungsschimmer?

Das Institut für Konjunkturforschung legt soeben die Ergebnisse seiner Industrieberichterstattung vor. Während die Arbeitslosenstatistik jeweils zeigt, wieviel Erwerbstätige ohne Arbeit sind, will die Industrieberichterstattung veranlaßt haben, wieviel Erwerbstätige jeweils tatsächlich noch in Lohn und Brodt sich befinden. Als Maßstab gilt die Zahl der beschäftigten Arbeiter in v. h. der Arbeitsplatzkapazität. Von Ende August bis Ende September hat nur zum ersten Mal seit einigen Jahren die Auslastung der Arbeitsplatzkapazität zugemommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat sich von 41,2 % der Arbeitsplatzkapazität auf 45,0 % erhöht, und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist sogar etwas höher, nämlich von 49 v. h. der Arbeitsstundenkapazität auf 55,9 v. h. g.

Das Institut für Konjunkturforschung knüpft an diese Tatsache, die übrigens auch durch die Gemeinkreditanstalt bestätigt wird, die Hoffnung, daß nun ein absoluter Stillstand im Beschäftigungsrückgang eingetreten sei. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, können aber erst die nächsten Ergebnisse der Industrieberichterstattung zeigen. Die letzten Angaben über die Arbeitslosigkeit haben jedoch noch einen Zugang von Arbeitslosen gebracht. Eine statistische Untersuchung wird feststellen müssen, inwieweit dieser Zugang nur noch saisonbedingt ist. Der jetzt für September festgestellte Stillstand des Beschäftigungsverlustes ist übrigens bei den Betriebsgüterindustrien nachhaltiger, denn dort hat sich die Arbeitsstundenkapazität um 1,9 v. h. der Kapazität verbessert, während bei den Produktionsgüterindustrien nur eine Verbesserung von 0,6 v. h. zu beobachten ist. Bei der Betriebsgüterindustrie haben wahrscheinlich Vorbereitungen auf das Herbst- und Weihnachtsgefecht sowie Eindellungen des Einzelhandels in Auswirkung der steigenden Rohstoffpreise zu der Mehrbeschäftigung beigetragen. Außerdem macht sich die saisonale Mehrbeschäftigung der Textilindustrie stark bemerkbar.

Acht Jahre Invalidenversicherung

Die Invalidenversicherung befindet sich in einer schwächeren Krise, und die zurückgetretene Regierung Brünning hatte in ihren Kabinettssitzungen alle Voraussetzungen für eine Sanierung getroffen. Die Entwicklung der Invalidenversicherung seit dem Jahre 1924 zeigt, daß das Reich in diesen Jahren insgesamt 257,8 Millionen RM als Zuwendungen in der verschiedensten Form der Invalidenversicherung zukommen ließ; hier unterlag. Die Reichsausfälle erfolgten schon im Jahre 1924, dann auch mit dem vorhergehenden geringen Betrag von 96 Millionen RM. In den folgenden Jahren stiegen über diese Beträge, um im Jahre 1931 eine Summe von 234,9 Millionen RM zu erreichen, so daß in diesen acht Jahren der Invalidenversicherung als Reha-gegenwart insgesamt 1.488,7 Millionen RM überwiesen wurden. Die Stärkezuwände genügen aber nicht, um das immer größere Defizit der Invalidenversicherung zu decken. Schon im Jahre 1926 trat zu den Reha-zahlungen ein besonderer Beitrag aus den Zollgeldeben. Dieser Zuschuß hat bis zum Jahre 1929 40 Millionen RM sicherlich beigetragen; er wurde dann im Jahre 1930 auf 20 Millionen RM verringerkt, und es folgte im Jahre 1931 eine weitere Verringerung auf 8 Millionen RM, so daß aus Zollgeldeben seit 1926 der Invalidenversicherung insgesamt 188 Millionen RM zur Verfügung gestellt wurden. Aber auch diese Zuschüsse genügen noch nicht, um die notwendigen Anstrengungen der Rentenleistungen zu decken. Daraum wurde seit dem Jahre 1927 ein Reichsbetrag überreicht und zur Reha-gegenwart durchgezahlt. Auch hier war der Anteilbeitrag verhältnismäßig gering, er betrug nur 24,6 Millionen Reichsmark, was über schon im nächsten Jahre auf 130 Millionen RM. In den zwei Jahren von zusammen 654,

Millionen RM. in dieser Form als Reichszuwendungen geleistet worden. Die Rentenleistungen der Invalidenversicherung in den acht Jahren seit 1924 sind von Jahr zu Jahr angestiegen. Sie leistete im ersten Jahre nach der Inflation mit 347,8 Millionen RM ein und betragen schon im Jahre 1929 1.163,3 Millionen RM. Im letzten abgelaufenen Jahr 1931 waren sie auf 1.380,1 Millionen RM. angestiegen. In dem ganzen Zeitraum seit Inflationsende wurden durch die Invalidenversicherung 7.267,9 Millionen Reichsmark als Rentenleistungen ausgegeben.

Allgemeine Rundschau

Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1931.

Über die Inanspruchnahme der Schlichtungsbehörden während des Jahres 1931 gibt das Reichsarbeitsministerium auf Grund geprüfter Angaben der Schlichtungsausschüsse unter monatlicher Nachweisung der ständigen und Behördenrichter nunmehr einen Rechenschaftsbericht bekannt.

Insgesamt wurden im Jahre 1931 vor den Schlichtungsbehörden 6898 Verfahren eingeleitet. Dabei zeigt sich, daß in der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse mehr die Fälle kleineren Umfangs bis zu 100 Arbeitnehmer, bei den ständigen Richtern mehr die mittleren Umfangs bis zu 10.000 Arbeitnehmer überwiegen, während bei den vom Reichsarbeitsministerium bestellten Richtern Fälle größerer Umfangs im verhältnismäßig starken Maße vorhanden. In der überwiegenden Mehrzahl galten die behördlichen Schlichtungsverfahren der Regelung der Arbeitszeitverhältnisse für Arbeiter, doch zeigt der Anteil der Angestellten in den letzten Jahren ein langsames Ansteigen. Die raschmäßige Entwicklung der Anträge auf Einleitung des Schlichtungsverfahrens zeigt eine Abnahme des Anteils der Arbeitnehmeranträge von Jahr zu Jahr, während die Anteile der Arbeitgeberanträge entsprechend ansteigen.

Von den 6898 erledigten Schlichtungsfällen wurden etwa über die Hälfte vor der Schlichtungskammer verhandelt, und zwar in 355 Fällen durch Schiedsgericht erledigt. Von diesen Schiedsgerichten wurden im weiteren Verlauf des Verfahrens 556 durch Verbindlichkeitserklärung zum Abschluß gebracht.

Bericht bei Zeitschriftenversicherungsvereinigungen!

Das Amtsgericht Leipzig hat durch Schiedsurteil — 8 Eg 1266/32 vom 10. 10. 32 — einem Leipziger Verlag, der sich mit dem Vertrieb von Kochenheften mit Tierver sicherung beschäftigt, bestimmt, daß die mit seinen Abonnenten geschlossenen Verträge nichtig sind, weil sie erstmals gegen ein gesetzliches Verbot zustande kamen und zweitens fiktivmäig seien.

Der Vertrag hätte, wie urteilt, fast alle derartigen Geschäfte, die mit einem Zeitschriftenabonnement Personenversicherung verquicken, seine Abonnenten durch Agenten „im Umherziehen“ gewonnen. Das aber ist gemäß § 56 Absatz 2, Ziffer 12 der Gewerbeordnung verboten, und Verträge, die gegen ein gesetzliches Verbot zustande kommen, sind nach § 134 Bürgerliches Gesetzbuch nichtig. Solche Verträge bestehen also überhaupt nicht, und jeder, der einen solchen Vertrag abgeschlossen hat, braucht ihn nicht zu erfüllen.

Dieses Urteil wurde durch die Rechtssektionstelle der christlichen Gewerkschaften in Worms, Raumk. 11, erstritten. Der Vertragsvertrag hierdurch vor bedeutendem Schaden bewahrt geblieben.

Da auch die Zeitschriftenversicherungen für Personen bei Abschluß ihrer Verträge in den meisten Fällen gegen das gesetzliche Verbot (§ 56 Gew.-Ordg. und 134 BGB) verstößen und anderweitig ebenfalls oft die offenkundige, einseitige Ausnutzungsmöglichkeit der Vertragsbedingungen dem Vertragspartner in ihren Verträgen stehen haben, wird es Sache aller gewissenhaften Gewerkschaften sein, ihre eventuellen Geldausgaben für solche Zeitschriftenabonnements ernsthaft zu prüfen, bevor sie durch Schaden klagt werden!

Die Einzelhandelssumsätze als Konjunkturbarometer.

Neben dem „Erfolg“ der Papierseiten Ankündigungen können Zusammenfassungen aus eigenem Mund nicht hinwegtun. Die beweisstärkigste Sprache sprechen die Zahlen der Wirklichkeit. So haben die Umsätze im Einzelhandel in den letzten Wochen einen bisher noch nicht dagewesenen Standpunkt erreicht. Von Januar bis August 1932 lagen die Umsätze um 19,8 % vom Vorjahr. Im einzelnen lagen die Umsätze in der Bekleidungsbranche um 23,7 v. h., im Handel mit Wohnbedarf um 20,7 v. h. Hundert, im Haushaltsgut-Handel um 16,4 v. h. Das ist nicht mehr allein um den Rückgang der Preise zurückzuführen, die nur verhältnismäßig schwach gefallen sind, auch nicht allein auf die Rückzug in schlechtere Qualitäten, sondern auch auf einen kleinen mengenmäßigen Rückgang.

Geschäftsstellenkonferenz für die Pfalz

Am 13. November fand in Kaiserslautern die Geschäftsstellenkonferenz für die Pfalz statt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Kaiserslautern, Kollege Heinrich, begrüßte die Delegierten aus den Ortsgruppen sowie den Hauptfachwart, Kollegen Dünnleider aus Düsseldorf, und den Geschäftsführer, Kollegen Dittmar aus Stuttgart. In seinem Vortrage behandelte Kollege Dünnleider die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft. Sie ist gekennzeichnet durch die große Verelendung großer Teile des arbeitenden Volkes. Die unselige Zustand der Regierung Papen nördlich, was die Krise bis jetzt noch verschärft hat, nicht auf seinem Gebiet zeigt sich die arbeiterfeindliche Einstellung der gegenwärtigen Regierung, sondern auf allen Gebieten verläuft nun, da Arbeiterschaft, Kapitalismus, anständigen und rechten zu machen. Hiergegen kommt zu, daß es Pflicht jedes Arbeiters, die Gewerkschaften wieder mehr auszunützen, daß die Arbeiterschaft in wirtschaftliche und politische Hörigkeit gegenüber Gewerkschaften zurückgeworfen werden kann. Um weiteren Erfolg seiner Zusammensetzung kann der Kollege Dünnleider auf die Sorge des Verbands zu sprechen. Er verlangt es ausgesetzt, die Bedeutung einer starken gewerkschaftlichen Organisation gerade in der Krise herauszuheben. Die gewaltsame Auflösung aller Art an Unternehmungen zeigen unzweckmäßig, welche große Not unter der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften gewirkt wurde. Mit Begeisterung erwähnte der Redner verschiedene, daß der Verband trotz der langen Krise ungebrochen besteht und auch in Zukunft alles darzulegen wird, für die Tiefarbeiterchaft das Vermögensste zu erhalten.

Geschäftsleiter gab der Kollege Dünnleider einen Bericht über die Geschäftsführung in der Geschäftsstelle. Ganz besonders ging er auf die Berichtslinie in der Pfalz ein. Sein Bericht soll für die Pfalz ganz besonders auf dem Gebiete des Bausammelns gemacht werden. Daß der Berichtserfolg während Kollege Dünnleider seine Tätigkeit die Bausammelnde zu einer inneren Sicherheit benötigt werden. Die praktische Tiefarbeiterforschung wurde genau wie im letzten Jahr alles darzulegen, daß die Geschäftsführung der Organisation erhalten bleibt.

In der nachstehenden Diskussion sprachen sich die Kollegen im Raum Kaiserslautern aus. Viele Delegierte wünschte es bestrebt, Berg auf dem Gebiete des Sozialstaats gemeinsam zu arbeiten, damit die Berichterstattung und Berichterstattung derzeit in der Zeitung sind, aus eigenen Mitteln zu allen Fragen Stellung zu nehmen. Die Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen werden einer eingehenden Prüfung unterzogen. Ein-

hellig kam der Wille zum Ausdruck, daß sich alle dafür einsetzen wollen, daß auch in der Pfalz sich neue Kraft entfalten müsse, um der vielen Schwierigkeiten Herr zu werden. Kollege Heimann (Kaiserslautern) unterstrich nochmals in seinem Schlußwort die große Bedeutung der Referate und die Ansprache. Auch er appellierte an alle Konferenzteilnehmer, nicht zu ermüden, sondern mit neuer Kraft an die Arbeit zu gehen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Gütersloh. Zugend in Front! Fein war's doch, wieder einmal im Kreis christlicher Gewerkschaftsjugend beisammen zu sein. Hierzu hat der Jugend- und Elternabend unserer Kartelljugend am 18. November Gelegenheit. Wider alles Erwartet zahlreich hatten sich die Mitglieder mit ihren Familien eingefunden, ein Verdienst der Rücksicht auf unsere jungen Freunde. Stolz darf unsere Jugend auf diesen Abend zurückblicken, und besonders auch unsere Tiefarbeiterjugend, die hierbei die Führung in Händen hatte. War doch dieser Abend ganz aus der Initiative der Jugend heraus geschaffen. Mit einem kleinen Marsch unseres Mundharmonikorchesters wurde der Abend eingeleitet. Des weiteren brachte das reichhaltige Programm gefällige Reigen und gut gespielte Theaterstücke. Besonders erwähnt sei hier auch das Stückchen der Kollenbecker Arbeiterinnengruppe „Fröhliche Lust“. Sie haben hiermit nicht nur uns „Gütlern“ etwas von ihrer frischen Vergnügung spüren lassen, sondern auch von dem frischen Geist, der unserer Bewegung inne ist. Gemeinsam gesungene Lieder im Verlauf des Abends schlängeln ein enges Band um Jugend und Alter, und ernste Worte zeigten, was beide Generationen einander zu sagen haben. Namens der Jugend sprach unser Freund W. Schmidtmeyer das „Willkommen“. Er ermahnte zu engem Zusammenklang, Mut, Entschlossenheit und Ausdauer. Der Abend zeugnis ablegte von dem frischen, fröhlichen Leben in der christlichen Arbeiterjugend und recht viele Freunde veranlassen, sich einzurichten, um mitzuhelfen an einer besseren Zukunft. Unter Schriftführer, B. Fette, berichtete aus der Jahressarbeit. Der Bericht spiegelte das Leben und Wirken in der christlichen Gewerkschaftsgruppe wider. Unter Streben sei gerichtet auf enge Verbundenheit, Schulung und Fortbildung. Gedenk wurde der Führer, unser Kollege H. Kardinal, in einer kurzen Ansprache sehr eindringliche und grundlegende Ausführungen zu dem Thema „Unser Kampf“. Er schilderte die deutsche Not, die Folge der Erwerbslosigkeit, besonders im Hinblick auf die deutsche Jugend. Da sei es erfreulich, die christliche Arbeiterjugend mit festem Willen und klarem Ziel emporwachsen zu sehen. Die christliche Arbeiterschaft bekenne sich zum deutschen Volksstaat, verlange aber auch, daß die Opfer, die gebracht werden müssen, von allen Schichten des Volkes nach ihren Kräften getragen werden. Umrahmt wurde das reichhaltige Programm noch durch Gedicht- und Gesangsvorträge unserer Burschen und Mädels. Zum Schluss konnte der Geschäftsführer des christlichen Metallarbeiterverbandes, der Kollege Reiter, mit Genugtuung feststellen, daß der Tag uns wirklich ein Tag der Freude gewesen; möge er mit dazu beitragen, das Band in unserer Bewegung fest zu schließen. Wir gehören zusammen, gerade in dieser Zeit der Not, zu der einen großen Arbeitersfamilie!

Tiefarbeiter Gütersloh, jung und alt, hört diesen Ruf, freut sich an dem Schaffensdrang eurer Jugend, kämpft aber auch weiter mit in Geschlossenheit und Einheit in unserem Geiste für eine bessere Zukunft.

Gruppenende der männlichen Gruppe: jeden Donnerstag abend 8 Uhr im Kartellheim, Kaiserstr. 27.

Nächster Abend der männlichen Gruppe am Samstag, dem 3. Dezember, ebenfalls im Kartellheim um 8 Uhr abends. **Krefeld.** Deutsche Treue. Das war das Leitwort der Feierstunde, zu der am Fuß- und Betttag die Ortsgruppe Krefeld eingeladen hatte. Zahlreich waren die Mitglieder mit ihren Angehörigen erschienen. Eine stattliche Zahl von Gästen bekundete durch ihr Erscheinen ihre Verbundenheit mit der Sache der christlichen Gewerkschaften. Es seien hier besonders genannt Polizeipräsident E. Eise, Stadtdirektor U. Jäger, mehrere Stadtverordnete sowie Vertreter der übrigen Berufsverbände. Kollege Klapdor richtete herzliche Begrüßungsworte an die stattliche Versammlung. Der Gedanke der Treue sollte dieser Feierstunde einen tiefen Sinn geben. Sie sollte zu einem Treuebekennnis werden zu der großen Idee der christlichen Gewerkschaft, ein Kennzeichen auch zum Volks- und Reichsstaat Deutschland. Bezirksleiter Kollege Weber hieß nunmehr die Festrede, die in besonderen Ansprachen den sieben Jubiläen galt, deren Ehrung später erfolgte. Es sind die Kolleginnen Kaiser, Kommerz, Kallwitz und Berghouven, die Kollegen Heynen, Broßmann und Theodor Klapdor. Im Namen von Hauptvorstand und Hauptgeschäftsstelle überbrachte er ihnen Dank und Glückwunsch und überreichte ihnen die äußersten Ehrenzeichen. Seine Worte galten besonders der Jugend, sie ansprach, das Wirken dieser Kollegen sich Vorbild sein zu lassen. Im weiteren Verlauf des Abends richteten noch herzliche Worte an die Versammlung Präsident Eise, als alter Kämpfer der christlichen Gewerkschaften, die Arbeiterssekretärin Kollegin Appel für Arbeitern und weibliche Jugend, Stadtverordnete sowie Vertreter der übrigen Berufsverbände. Kollege Klapdor richtete herzliche Begrüßungsworte an die stattliche Versammlung. Der Gedanke der Treue sollte dieser Feierstunde einen tiefen Sinn geben. Sie sollte zu einem Treuebekennen werden zu der großen Idee der christlichen Gewerkschaft, ein Kennzeichen auch zum Volks- und Reichsstaat Deutschland. Bezirksleiter Kollege Eise für die Gewerkschaftsbewegung, Kollege Theodor Eise für das Ortskärtchen und der Senior der Krefelder Ortsgruppe, Kollege Jakob Pisch. Das Wollen der Jugend und ihr Treugefühl zur Bewegung kommen zum Ausdruck in einem wirkungsvoll vorgetragenen Verschluß: Jugend von heut, Volk von morgen. Ein gemeinschaftliches Lied und ein von der weiblichen Jugend aufgesetzter Reigen beschlossen den ersten Teil dieser Feierstunde.

Nach einem Gedichtvortrag hielt nunmehr der Geschäftsführer, Kollege Kleinmichel, an Hand eines guten Bildmaterials einen Vortrag über das Schicksal Deutsch-Südtirols. Redner führte die Zuhörer in das herzdeutsche Land mit seinen Naturräumen, schärferte aber auch die ereignende Leidensgeschichte unserer deutschen Brüder in Tirol, die sie wegen ihrer angekündigten Abhängigkeit an deutsche Kultur und Sitte durchmachen müssen. Ziehen wir daraus die Schlussfolgerung, daß wahre deutsche Freude uns im Südtirol gebietet, zu dieser bedrohten Brüder zu stehen, in allem aber auch so zu handeln, daß sie immerdar mit Stolz auf uns zu schauen vermögen. In einem begeisterten Schlussapplaus des Vorsitzenden, den Begriff der deutschen Treue, wie sie durch die einzelnen Teile dieser Feierstunde gelungen, der Tatkreis entgegen zu führen, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Verband, Volk und Vaterland klang dieser schöne und in allen Teilen gut gelungene Abend aus. Höhe er Ansporn gewesen seit zu neuem, rüstigem Schaffen im Verband.

Klo.

Inhaltsverzeichnis.

Titel: Konzert wider das Volk. — Rechtsstaatsregierung oder Präsidialkabinett? — Internationale Band der christlichen Gewerkschaften — Lohn und Preis. — Die neue Nordwolle-Bilanz — Weltpolitik und Weltwirtschaft. — Mehrstufigsystem in England. — Gegen Autarkiebestrebungen. — D. G. B. fordert Volks-, Berufs- und Betriebszählung. — Stabile Beschäftigung — ein Hoffnungsschimmer? — Acht Jahre Invalidenversicherung. — Feuilleton: Die Sachgasse. — Allgemeine Rundschau: Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1931. — Bericht bei Zeitschriftenversicherungsvereinigungen! — Die Einzelhandelssumsätze als Konjunkturbarometer. — Geschäftsstellenkonferenz für die Pfalz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Gütersloh. — Kreisföld.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Klosterstraße 7.